

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 24. Januar 2008 · Nr. 20/4 D 3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,60 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Börsen abermals deutlich im Minus

hap./Kno. FRANKFURT/DAVOS, 23. Januar. Die Senkung der Leitzinsen durch die amerikanische Notenbank Fed hat die Aktienmärkte nur kurz beruhigt. Am Mittwoch gab der Deutsche Aktienindex (Dax) nach freundlicher Eröffnung abermals deutlich nach. Zum Handelsschluss betrug das Minus 4,9 Prozent. Auch der amerikanische Markt tendierte schwächer. Die Zinssenkung wurde unterschiedlich beurteilt, vielfach wurde sie als „Panikreaktion“ der Notenbank interpretiert. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) sagte bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts, die Kursstürze zeigten, wie groß die Unsicherheit sei. Er sehe aber keinen Grund zu Panik. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten beherrschen nun auch das Weltwirtschaftsforum in Davos. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice hat aber während der Eröffnung Bedenken über eine grundsätzliche Schwächung der amerikanischen Wirtschaft zurückgewiesen. „Die amerikanische Wirtschaft ist belastbar, ihre Struktur ist gesund, und ihre langfristig gesehen wirtschaftlichen Fundamente sind gesund.“ Zahlreiche Ökonomen zeigten sich hingegen besorgt über die Entwicklung. (Siehe Seite 3 sowie Wirtschaft, Seiten 12 und 14, und Finanzmarkt, Seite 21.)

HEUTE

Kunst aus dem Unterholz

Freiluftmalerei hat Tradition, aber selten hat sie einer so radikal interpretiert: Georg Thumbach hat sich auf Fichtenschonungen spezialisiert. **Feuilleton, Seite 40**

Berlin hält Kurs

Trotz der Entwicklung der Finanzmärkte und möglicher Folgen hält die Bundesregierung ein Konjunkturprogramm nicht für erforderlich: Die Auftragslage in Deutschland sei gut. **Politik, Seite 3**

Verunsicherung bei Unicef

Hat der Geschäftsführer durch großzügige Honorare für Berater der Organisation Schaden zugefügt? Die Staatsanwaltschaft will die Ergebnisse einer Wirtschaftsprüfung nicht unbesehen übernehmen. **Politik, Seite 4**

Fußball-WM im Dunkeln?

Südafrika erlebt eine Versorgungskrise, täglich kommt es zu Stromausfällen. Die Regierung hat den Strombedarf unterschätzt. Der Wirtschaftsaufschwung hat die Planer unvorbereitet getroffen. **Wirtschaft, Seite 12**

Mit dem Rücken zur Wand

Nach der 23:26-Niederlage gegen Frankreich bei der Handball-Europameisterschaft müssen die deutschen Weltmeister gegen Schweden gewinnen und auf Schützenhilfe der Konkurrenz hoffen. **Sport, Seite 32**

Logistik des Todes

Eine Berliner Ausstellung versucht, die Verstrickung der Reichsbahn in die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten mit den Einzelschicksalen der zumeist jüdischen Opfer zu verbinden. **Feuilleton, Seite 35**

Kanonen gegen das Klima

Die Südtiroler Skiregion Kronplatz hat radikale Konsequenzen aus der Launenhaftigkeit des Klimas gezogen: Sie sorgt mit 280 Schneekanonen dafür, dass der Berg im Winter weiß ist. **Reiseblatt, Seite R 1**

Weiß am Zug: Sxf7!?



Die Schachwelt rätselt über die Abgebrühtheit des ehemaligen Schachweltmeisters Wesselin Topalow. Der Bulgare forderte seinen Erzrivalen, den Russen Wladimir Kramnik, auf er ehemaliger Weltmeister, auf dem Turnier im niederländischen Seebad Wijk mit einem sensationellen Zug heraus, den es eigentlich unter Weltmeistern nicht geben dürfte: Er schlug nach der derzeit üblichen Eröffnungsvariante „Anti-Moskauer Gambit“ mit seinem weißen Springer (rot) nicht den schwarzen Springer, sondern den Bauern vor dem König seines Gegners. Das war bis dahin eine unter Großmeistern belächelte Attacke. Doch das Springeropfer brachte nicht Topalow, sondern Kramnik am Ende aus dem Tritt. Topalow opferte auch noch seine Dame und gewann die Partie. Das Turnier hat er deshalb noch lange nicht gewonnen. Auf Platz eins liegt knapp der Norweger Magnus Carlsen. Er ist 17 Jahre alt, kann von Topalow also noch eine Menge lernen. **Sport, Seite 32**

Steuergerechtigkeit

Von Georg Paul Hefty

Der Bundesfinanzhof hält die Abschaffung der Pendlerpauschale für verfassungswidrig. Obwohl die endgültige Entscheidung erst das Bundesverfassungsgericht fällen wird, ist schon jetzt klar, wohin sich die Waage neigen wird: Es gibt viele gute Argumente für die steuerliche Berücksichtigung des Wegeaufwandes zum Arbeitsplatz, aber kein einziges für das „Werkstorprinzip“. Letzteres taugt lediglich für die Begründung der Koalitionsabsprache, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und zusätzlich die Pendlerpauschale zu streichen, um den Bundeshaushalt zu konsolidieren. Doch es kann keine Rede davon sein, dass die früheren Bundesregierungen, gleich ob Schwarz-Gelb oder Rot-Grün, dem falschen Prinzip gefolgt seien, als sie nicht aufs Werkstorprinzip setzten.

Die Pendlerpauschale ist das zeitgemäße Instrument. Dass dies von Ministern und Abgeordneten, die meist Dienstwagen fahren und für ihre Fahrten in den Wahlkreisen mit dem Privatwagen eine steuerfreie Kostenpauschale erhalten, nicht gesehen wurde, spricht für die Abgehobenheit der Politik. Die Kilometerpauschale erscheint

den Finanzrichtern notwendig: zum Schutz der Steuergerechtigkeit, aber auch zur Wahrung der steuerrechtlichen Gleichheit von Arbeitnehmern und Selbständigen und nicht zuletzt zum Schutz von Ehe und Familie. Die vom Gesetzgeber als unabweisbar erkannte Härtefallregelung für Strecken von mehr als zwanzig Kilometern belegt die Fragwürdigkeit der Nichterstattung bei geringeren Entfernungen zusätzlich.

Keines der je nach Interessenslage gebrauchten Argumente gegen die Pendlerpauschale überzeugt. Pendelfahrten gibt es nicht nur vom billigen Land („Wohnkostensparnis“) in die teurere Stadt, sondern auch auf dem flachen Land, wo die Arbeit weit vom Wohnort liegen kann, es aber rundum gleich teuer ist. Und je lauter von der unerlässlichen Mobilität der Arbeitnehmer geredet wird, umso unerlässlicher ist auch die Kostenerstattung für die freiwillige Übernahme längerer Wege, wenn schon die reine Fahrzeit allein zu Lasten der mehr oder weniger begeisterten Veränderungswilligen geht. Auch zur Senkung der Schwelle von der Arbeitslosigkeit zur Arbeitsaufnahme ist die Pendlerpauschale notwendig, sollen nicht die Fahrkosten den Unterschied zwischen „Stütze“ und Lohn auffressen. Das Steuerrecht soll ja auch sonst anregend wirken.

Eine halbe Umdrehung mehr

Von Horst Bacia

Die internationale Gemeinschaft ist sich einig, dass die Islamische Republik Iran keine Atomwaffen besitzen darf. Ein Patentrezept, wie dieses strategische Ziel zu erreichen sei, hat sie allerdings nicht. In Berlin haben sich die Außenminister der fünf ständigen Mitglieder im Welticherheitsrat und Deutschlands nun auf Grundzüge einer neuen UN-Resolution verständigt. Also wird der Sicherheitsrat das Mullah-Regime in den nächsten Wochen noch einmal auffordern, die Anreicherung von Uran auszusetzen, er wird noch einmal Verhandlungen anbieten und die Daumenschrauben der Sanktionsmittel noch einmal um eine halbe Umdrehung anziehen. Zwei Entschlüsse ähnlichen Inhalts haben in den vergangenen achtzehn Monaten so gut wie nichts bewirkt. Niemand erwartet ernsthaft, dass mit der dritten Resolution in Teheran ein Umdenken erzwungen werden kann.

Das diplomatische Ringen um das iranische Nuklearprogramm geht in die nächste Runde. Die Hand zu einer verschönernden Regelung, die dem Regime die friedliche Nutzung der Kernenergie erlauben würde, bleibt ausgedehnt. Doch nichts deutet heute darauf hin, dass die iranische Führung bereit wäre, sie zu ergreifen. Sie tut so, als sei sie zu Verhandlungen bereit, versucht aber gleichzeitig, die wichtigsten Akteure der internationalen Gemeinschaft gegeneinander auszuspielen, und baut derweil ihre Fähigkeiten zur industriellen Anreicherung von Uran weiter aus. Dennoch werden die von der Sicherheitsrat zu beschließenden Sanktionen auch in der nächsten Stufe der Eskalation so ausfallen, dass sie vielleicht hier und da ein wenig schmerzen, dem Erdöl- und Erdgasproduzenten Iran aber nicht wirklich den wirtschaftlichen Atem nehmen.

Die Einigkeit der Veto-Mächte im Sicherheitsrat hat ihren Preis. Russland und China ließen sich die Zustimmung zu einer weiteren Resolution durch das Zugeständnis abkaufen, dass die Sanktionen nicht in dem Maße verschärft werden, wie die Vereinigten Staaten es wünschten; etwa durch eine Ausweitung auf iranische Banken. Beide Länder haben Interessen in Iran, Moskau vor allem durch den Bau des Kernkraftwerks Buschehr, China durch die Abhängigkeit von Energielieferungen. Washington dagegen unterhält seit der islamischen Revolution 1979 und dem Trauma der Geiselnahme von mehr als fünfzig amerikanischen Diplomaten keine Beziehungen zu Teheran.

Dennoch ist auch den Amerikanern die zumindest nach außen geschlossene Front der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat wichtiger gewesen als schärfere Sanktionen einzelner Staaten ohne UN-Resolution. Es gilt, dem iranischen Regime zu beweisen, dass Spaltungsversuche zu nichts führen;

dass seine fortdauernde Missachtung völkerrechtlich verbindlicher Verpflichtungen nicht völlig ungestraft bleibt. Gewiss, die Strafen müssten eigentlich härter ausfallen. Aber mehr scheint unter den gegebenen Umständen nicht möglich zu sein.

Ein entschiedeneres Vorgehen wird auch deshalb erschwert, weil der Nichtverbreitungsvertrag, dem Iran beigetreten ist, die Anreicherung von Uran zur friedlichen Nutzung zulässt. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) und die Vereinten Nationen verlangen die Aussetzung der Anreicherung nur, weil das Mullah-Regime über Jahrzehnte ein geheim gehaltenes Nuklearprogramm betrieben und Fragen dazu bis heute nicht hinreichend beantwortet hat. Die überr-

Die Einigkeit gegenüber Iran war diesmal wichtiger als schärfere Sanktionen.

schende Erkenntnis der amerikanischen Geheimdienste, ein Programm zur Herstellung von Atomwaffen sei im Jahr 2003 gestoppt worden, gibt keinen Anlass zur Beruhigung. Im Gegenteil: Der im Dezember nur zum Teil veröffentlichte Bericht bestätigt zum ersten Mal, dass es ein militärisches Programm – offenkundig auch mit geheimen Anlagen zur Anreicherung von Uran – tatsächlich gegeben hat. Und natürlich könnte in der bekannten, bislang von der IAEA regelmäßig kontrollierten Anreicherungsanlage, wenn sie reibungslos funktioniert, in nicht allzu ferner Zukunft auch hochangereichertes, waffenfähiges Uran hergestellt werden. Weil Russland den Kernbrennstoff für Buschehr liefert und auch entsorgt, brauchte Iran eigentlich gar kein Anreicherungsprogramm. Es sei denn, es diene nicht nur friedlichen Zwecken.

Die militärische Option, von der in Washington gerade gegen Ende des Jahres wieder häufiger die Rede war, dürfte mit dem Bericht der Geheimdienste vom Tisch sein – zumindest für den antierenden Präsidenten. Eine Intervention lässt sich mit diesem Bericht nicht begründen, und es scheint, als hätten es die Geheimdienste diesmal geradezu darauf angelegt, Argumente dafür ausdrücklich nicht zu liefern.

Was also tun, wenn Sanktionen nicht wirklich beißen und ein militärisches Eingreifen keine realistische Option ist, weil ein neuer Krieg die Konflikte in der Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens nur zuspitzen würde? Mit der Einigung auf die neue Resolution wird weiter die Hoffnung genährt, dass Iran nach einer nüchternen Kosten-Nutzen-Analyse doch noch zu Verhandlungen bereit sein könnte. Aber sie ist auch Ausdruck von Ratlosigkeit.

Bundesfinanzhof: Kürzung der Pendlerpauschale verfassungswidrig

Das Gericht ruft Karlsruhe an / „Werbungskosten, nicht Privatfahrten“

jj./mas. MÜNCHEN/BERLIN, 23. Januar. Der Bundesfinanzhof hält die Kürzung der Pendlerpauschale für verfassungswidrig. Die obersten Steuerrichter beschlossen deshalb am Mittwoch in München, in dieser Frage das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Das Gericht argumentierte, bei den Fahrten handele es sich nicht, wie die Bundesregierung sagt, um Privatfahrten, sondern um beruflich bedingte Fahrten, müssten deshalb als Werbungskosten absetzbar sein. Das Verfassungsgericht hat schon angekündigt, noch in diesem Jahr zu entscheiden. Zwei weitere Finanzgerichte der ersten Instanz hatten im vergangenen Jahr mit derselben Begründung eine „konkrete Normenkontrollklage“ nach Artikel 100 des Grundgesetzes eingereicht. Mehrere andere Finanzgerichte haben dage-

gen eine Vorlage in Karlsruhe abgelehnt, weil sie die seit dem 1. Januar des vergangenen Jahres geltende Neuregelung für rechtmäßig halten. Seither können Arbeitnehmer Fahrten zur Arbeit erst vom 21. Kilometer an absetzen, allerdings nur für die einfache Strecke.

Ein Vertreter des Bundesfinanzministeriums sagte nach der Verkündung des Beschlusses, Einkommensteuerbescheide für das vergangene Jahr würden in diesem Punkt mit einem Vorläufigkeitsvermerk versehen. „Selbst wenn ein Steuerpflichtiger überhaupt nichts unternimmt, kann ihm also nichts passieren.“ Wenn die Verfassungsrichter die Reform für verfassungswidrig erklärten, wirke das auch zu Gunsten jener Bürger, die selbst keine Rechtsmittel einlegten. Für das laufende Jahr könnten Steuerzahler sich zudem

noch in einem „vereinfachten Verfahren“ einen höheren Freibetrag auf den Lohnsteuerkarte eintragen lassen. Falls das Bundesverfassungsgericht die Neuregelung allerdings bestätigte, müssten die betroffenen Bürger die darauf fälligen Steuern nachzahlen und verzinsen.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Däke, der einen der beiden Musterkläger unterstützte hatte, forderte die Politiker auf, „sofort und rückwirkend“ den alten Rechtszustand wiederherzustellen, statt auf eine „schallende Ohrfeige“ aus Karlsruhe zu warten. Auch Vertreter der Oppositionsparteien, der Autoindustrie und der Gewerkschaften verlangten, die Kürzung der Pendlerpauschale so schnell wie möglich zurückzunehmen. Die Regierung ließ jedoch keine Bereitschaft dazu erkennen. (Fortsetzung Seite 2.)

SPD bietet der FDP Ampelkoalition in Hessen an

FDP: Nur mit der CDU / Koch kritisiert die Energiepolitik Ypsilanti

ura. FRANKFURT, 23. Januar. Die SPD-Führung ist einer Koalition mit der FDP und den Grünen in Hessen nicht abgeneigt und sähe darin ein Signal für den Bund. Ein solches Bündnis würde die „Phantasien über Koalitionsoptionen in Berlin“ nach der Bundestagswahl 2009 „schon sehr beflügeln“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, am Mittwoch in Berlin.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bekräftigte ihre Absage an eine große Koalition in Hessen. Merkel sagte dem Hessischen Rundfunk, auf Bundesebene hätten Union und SPD vieles auf den Weg gebracht. „Mit einer Frau wie Frau Ypsilanti wäre das schlicht und ergreifend unmöglich.“

Der SPD-Vorsitzende Beck machte der FDP Avancen. Der Zeitung „Ruhr-Nach-

richten“ sagte er zwar, er hoffe, dass es die SPD in Hessen allein mit den Grünen schaffe. Aber er forderte die Liberalen auf, sich einer Koalition mit der SPD zu öffnen. Beck bezeichnete die Abgrenzung der SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti von der Partei Die Linke als glaubwürdig; zugleich kritisierte er, dass Ministerpräsident Roland Koch und Bundeskanzlerin Merkel (beide CDU) dies in Frage stellten. In seinen Augen habe die Linkspartei zwei Mängel: Erstens fehle ihr ein politisches Programm, zweitens hinterlasse sie in Bremen, wo sie in der Bürgerschaft sitzt, einen „Scherbenhaufen“.

Die hessische FDP wies Beck's Vorschläge zurück. Der Landesvorsitzende Jörg-Uwe Hahn sagte der Zeitung „Tagesspiegel“: „Wir können nur mit der CDU regieren.“ Trotz der knappen Umfragedaten

glaube er „70 zu 30“ an einen Sieg von Schwarz-Gelb. Er sagte aber auch, dass sich aus Sicht der FDP die hessische SPD bei der Kür ihrer Spitzenkandidatin im Dezember 2006 für die falsche Person entschieden habe. Hätten die Sozialdemokraten den Gegenkandidaten Ypsilanti, den 39 Jahre alten Rechtsanwalt und damaligen hessischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Walter, gewählt, „dann wäre unsere Koalitionsaussage nicht so eindeutig ausgefallen“.

Durch eine Zuspitzung des „Tagesspiegel“-Interviews war am Mittwoch der Eindruck entstanden, dass Hahn für eine sozialliberale Koalition eintrete, falls die SPD nach einem eventuellen Wahlsieg Ypsilanti diese gegen Walter austausche. Das hatte Hahn jedoch nicht gesagt. (Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2, siehe auch Seite 3.)

24 Tote bei Großversuch mit Darmbakterien

now. BRÜSSEL, 23. Januar. Bei einem Großversuch mit Darmbakterien zur Behandlung akuter Bauchspeicheldrüsenentzündungen sind in den Niederlanden nach Angaben der federführenden Universität Utrecht 24 Patienten ums Leben gekommen. Es habe sich um eine Testreihe mit knapp 300 beteiligten Patienten gehandelt. In der Vergleichsgruppe von Patienten, die mit herkömmlichen Medikamenten behandelt wurden, kamen im gleichen Zeitraum neun Versuchspersonen um. (Siehe Deutschland und die Welt.)

EU: Klimaschutz für drei Euro je Bürger und Woche

hmk. BRÜSSEL, 23. Januar. Die geplante Verringerung der Treibhausgase und die Förderung erneuerbarer Energien werden die EU nach Schätzung der Europäischen Kommission 0,45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kosten. Das entspreche etwa drei Euro je Bürger und Woche, sagte Kommissionspräsident Barroso am Mittwoch in Brüssel bei der Präsentation des EU-Klimapakets. Deutschland soll die bisher nicht in den Emissionshandel einbezogenen Emissionen um 14 Prozent senken. (Siehe Seite 3 sowie Wirtschaft, Seite 11.)

Urteil: Stichtag beim Elterngeld rechtens

cbu. FRANKFURT, 23. Januar. Eltern, deren Kinder vor dem 1. Januar 2007 geboren sind, haben keinen Anspruch auf Elterngeld. Das hat das Bundessozialgericht in einem Grundsatzurteil klargestellt. Die Stichtagsregelung verstoße nicht gegen das Grundgesetz, da eine Übergangsregelung zu geschätzten Mehrausgaben für den Staat von rund 520 Millionen Euro geführt hätte, hieß es in der Begründung. Die klagenden Eltern haben nun noch die Möglichkeit, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen.



| | | | | | | | |
|---------------------------|----|-------------------------|----|-------------|----|-----------------------|----|
| Reiseblatt | R1 | Wirtschaft | 11 | Finanzmarkt | 21 | Roman | 34 |
| Briefe an die Herausgeber | 8 | Unternehmen | 14 | Kurse | 24 | Kino | 37 |
| Deutschland und die Welt | 9 | Menschen und Wirtschaft | 18 | Sport | 30 | Medien | 38 |
| Zeitgeschehen | 10 | Wetter | 20 | Feuilleton | 33 | Fernsehen und Hörfunk | 39 |